

# Zukunft der DIK: Eine Zusammenfassung von Yasin Bas vor Beginn der diesjährigen Sitzungsperiode

Berlin (iz). Die Deutsche Islamkonferenz (DIK), die vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Leben gerufen wurde, hatte zum Ziel, die Eingliederung der etwa viereinhalb Millionen Muslime in Deutschland zu verstärken und „anstatt über die Muslime, mit ihnen“ zu sprechen. In seinem Vorwort anlässlich des dreijährigen Bestehens der Islamkonferenz sprach Schäuble 2009 davon, dass die DIK einen „institutionellen Rahmen für den Dialog zwischen Menschen muslimischen Glaubens und Vertretern aller Ebenen unseres Gemeinwesens“ biete. Darüber hinaus seien die Muslime „ein Teil unserer Gesellschaft und unseres Landes“.

Das Gremium demonstrierte, „wie wichtig der regelmäßige Dialog zwischen Staat, Muslimen und Gesellschaft ist - für die Integration der Muslime und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Für Schäuble bedeutete die Einberufung der DIK eine Überwindung der „Sprachlosigkeit der vergangenen Jahrzehnte“, das „neue Perspektiven für Gemeinsamkeit“ schaffe. Da Wolfgang Schäuble das muslimische Leben in Deutschland als eine „Lebenswirklichkeit“ bezeichnete, kann davon ausgegangen werden, dass sich seit spätestens 2006 eine Veränderung in der Sicht auf Muslime durch den deutschen Staat ergeben hat.

Gastgeber Wolfgang Schäuble rief die Muslime in Deutschland damals dazu auf, sich stärker in die Gesellschaft zu integrieren und „deutsche Muslime“ zu werden. Er sagte, dass der Islam gerade dafür stehe, was vielen Menschen in Deutschland zu entgleiten drohe: „Die Wichtigkeit von Familie, der Respekt vor den Alten, ein Bewusstsein und Stolz mit Blick auf die eigene Geschichte, Kultur, Religion, Tradition, das tägliche Leben der eigenen Glaubensüberzeugung“.

Die erste Zusammenkunft der rund 30 Teilnehmer in Berlin, darunter Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Vertretern muslimischer Verbände und „unorganisierten“ Einzelpersonen fand am 27. September 2006 unter großem Medienecho und mit hohen Erwartungen auf beiden Seiten statt. Dass Vertreter muslimischer Organisationen in Deutschland mit offiziellen

Staatsbediensteten an einem Tisch saßen, verhielt sich Hoffnung für die Zukunft - besonders im Hinblick auf die gleichberechtigte

Anerkennung des Islam als Körperschaftliche Religionsgemeinschaft.

Im März 2007, wenige Wochen vor der zweiten Zusammenkunft der DIK, wurde von den teilnehmenden muslimischen Verbänden

der Konferenz ein einheitlicher Dachverband, der „Koordinierungsrat der Muslime“ (KRM), gegründet. Im KRM sind die vier

größten islamischen Spitzenverbände in Deutschland organisiert: DITIB, ZMD, Islamrat und VIKZ. Zunächst positiv aufgenommen,

wurde der KRM wenige Tage später in der Öffentlichkeit als Instrument einer „schleichenden Reislamisierung“ dargestellt.

Aufgrund der Bundestagswahl und Kabinettsbildungen fanden die späteren Plenarsitzungen der DIK unter der Schirmherrschaft

der nachfolgenden Innenminister, zunächst unter Thomas de Maizière und dann unter Hans Peter Friedrich statt. Doch

weder De Maizière noch Friedrich schafften es, an den anfänglichen Erfolg Schäubles anzuknüpfen. Schlimmer noch: Eine Diskussion

über den Fortbestand, sowie den Sinn der Islamkonferenz stellte die gesamte Dialogplattform zur Disposition.

Die beiden großen Spitzenorganisationen der DIK, der Zentralrat der Muslime und der Islamrat traten aus der DIK aus, da sie

die „Dialogplattform“ eher ausgrenzend als integrationsfördernd empfanden. Darüber hinaus gab es Konflikte um die Einladung

bewusster Islamkritikerinnen wie Necla Kelek und Seyran Ates, die die „unorganisierten Muslime“ vertreten sollten. So gibt es

auf der DIK lediglich die Türkisch-Islamische Union (DITIB) und den Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), die die

Muslime vertreten.

Wie viele Muslime diese Organisationen vertreten, bleibt offen, da es keine gesicherten Daten darüber gibt. Damit scheint

aber auch klar zu sein, dass die Konferenz ihre Legitimität verloren hat, da nur noch zwei islamische Verbände übrig geblieben

sind und der Koordinationsrat - ob beabsichtigt oder nicht - de facto getrennt wurde. Das Vertrauensverhältnis zwischen

dem neuen Innen- und Sicherheitsminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und den Muslimen scheint durch dessen Äußerungen

von Anfang an zerrüttet. Friedrich ließ mit seiner umstrittenen Äußerung, „dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache,

die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt“, Augenmaß und Sinn für die Realitäten vermissen. Gerade ein

Innenminister, dessen Aufgabe es ist, den angefangenen Dialog mit den islamischen Gemeinden fortzuführen, hätte beim

Thema Islam mehr Sensibilität vorweisen können.

Auch die Performance des Ministers im Hinblick auf die Ereignisse der Aufdeckung der rechtsextremistischen „Zwickauer

Terrorzelle“ ließ zu wünschen übrig. Ein Christian Wulff hat hier deutlich mehr Signale an die Migranten in Deutschland gesetzt.

Für Wulff sind Migranten in Deutschland gleichberechtigte Staatsbürger und keine Menschen zweiter oder dritter Klasse.

An dieser modernen Sichtweise könnten sich andere Politiker ein Beispiel nehmen.

Zudem deutete vieles darauf hin, dass aus der Islamkonferenz eine Art Sicherheitskonferenz kreiert wurde, was sich dann

auch im Juni 2011 mit der Einberufung des „Präventionsgipfels“ abzeichnete. Dort wurden so genannte

„Präventionspartnerschaften mit muslimischen Institutionen“ errichtet, die auch auf Länder- und kommunale Ebene übergreifen.

Vertreter bestimmter muslimischer Verbände stehen seit dem im engen „Dialog“ mit den Sicherheitsbehörden, die bereits

„vertrauensbildende Maßnahmen“ und Maßnahmen zum Ausbau der

„Präventionspartnerschaften“ vorgelegt haben.

Übrigens sollen die so genannten „Kooperationsgespräche“ auch auf Organisationen ausgeweitet werden, deren Schwerpunkte

nicht im religiösen Bereich liegen. Diese „Partnerschaften“ sollen sogar auf Justizbehörden, insbesondere Justizvollzugsanstalten

und Staatsanwaltschaften übergreifen. Außerdem sollen Schulen und Jugendbehörden (Bildungseinrichtungen, Jugendbehörden und Jugendeinrichtungen), Ordnungs-,

Einwohnermelde- und Ausländerbehörden,

Arbeitsämter, Sozialämter und Finanzbehörden in die Präventionskooperation eingebunden werden.

Eine bekannte Tageszeitung schreibt in diesem Zusammenhang: „Bei der Zusammenarbeit mit anderen Behörden sollen deren

Mitarbeiter für Auffälligkeiten sensibilisiert werden. In Einzelfällen sollen Kooperationspartner auch Informationen über betroffene

Personen austauschen, um dem Radikalisierungsprozess entgegen wirken zu können. Teil dieses Netzwerks zur

Prävention sollen auch Wirtschaftsunternehmen sein. [...] Auch Firmen sollen für eventuelle politisch-islamistische Radikalisierung ihrer Mitarbeiter sensibilisiert werden.“

Die Verantwortung dieser Umgestaltung der Sicherheitsstrategie dürfte bei einigen Innenministern, ihren Beratern und Mitarbeitern

liegen. Ein Wolfgang Schäuble hätte wohl eher dem Hannoveraner Kriminologen Pfeiffer Glauben geschenkt. Denn

dieser bestätigt: „Die Zahl der Rechtsextremisten ist sicher weit größer als die der Jugendlichen, die in den Islamismus abgleiten könnten.“

Für die Falken im Lande wäre es nicht verkehrt, wenn sie dem erfahrenen Migrationsforscher Klaus J. Bade ein Ohr schenken

würden. Seine konstruktiven Ratschläge sind nicht zu unterschätzen. Wolfgang Schäuble hat das sehr gut gewusst und genutzt.